

## **DRINGLICHKEITSANTRÄGE**

*Bürgermeisterstellvertreterin Kahr übernimmt um 15.50 Uhr den Vorsitz.*

### **1) Errichtung eines Kinder-Ambulatoriums im Grazer Westen**

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera** und GR. **Pogner** stellen namens von SPÖ und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pogner:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Bürgermeisterstellvertreterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem dringlichen Antrag geht es, wie schon erwähnt, um die Errichtung eines Kinder-Ambulatoriums im Grazer Westen. Kinder sind wohl die schwächsten und schutzbedürftigsten Personen unserer Gesellschaft. Gerade daher benötigen sie unsere Obsorge.

Obwohl die Unfallstatistik bei Kinderunfällen rückläufig ist, ist jedes verunglückte Kind ein Kind zu viel, das verletzt ist. Kinder sollten möglichst niederschwellig und wohnortnah so rasch wie möglich medizinisch versorgt werden können. Je kürzer der Weg und die Zeit zu einer adäquaten medizinischen Erstversorgung sind, desto besser ist es für alle Beteiligten, vor allem aber auch für die besorgten Eltern.

Gerade im Grazer Westen kann es im Notfall länger dauern, bis eine entsprechende Versorgung stattfindet, die Kinder, die im Ernstfall müssen die ins LKH, in die Universitätsklinik am Auenbruggerplatz gebracht werden und da vergeht doch eine ganz enorme Zeit, bis man dort angekommen ist und die Eltern, die besorgten Eltern haben dann noch ein Problem mehr sozusagen. Jedoch bedarf es nicht bei jeder Erkrankung einer Universitätsklinik oder der Verletzung einer Universitätsklinik eben und daher ist auch eine Versorgung in der Nähe wäre eine angebrachte und tolle Sache.

Graz ist eine wachsende Stadt und schon in den nächsten Jahren werden wir in den Reininghaus-Gründen und der Smart City einen erheblichen Zuzug an Menschen haben und selbstverständlich auch dem einhergehend ein Zuzug an Kindern dort stattfinden. Darüber hinaus werden wir natürlich noch mehr Angebot brauchen, nicht nur ein Ambulatorium, sondern wir brauchen zum Beispiel auch noch, dass in bestehende Ärztezentren auch Kinderärzte miteingebunden werden sollen und ein weiterer Vorteil wäre natürlich, wenn es für Kindernotfälle auch noch im Rahmen so ähnlich analog wie die Apotheken-Notfalldienste gibt, wo die niedergelassenen Ärzte einen Notfalldienst verrichten.

Und daher ergeht der

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat tritt

1. im Petitionsweg an die Steiermärkische Landesregierung heran und ersucht sie, die Möglichkeit der Einrichtung einer primären medizinischen Versorgungsstelle für Kinder und Jugendliche in Form eines Kinder-Ambulatoriums im Grazer Westen zu prüfen.
2. an die Sozialversicherungsträger heran und ersucht, wie im Leitbild des Steirischen Gesundheitsplans 2035 ausgeführt, auch die Einführung eines Kinderärztenotdienstes zu prüfen. Ebenso wird angeregt, Kinderärzte in bestehende oder auch erst zu gründende Ärztezentren zu integrieren.

Ich bitte da um Annahme und darf auch gleich ankündigen, es gibt einen Zusatzantrag der KPÖ und den werden wir selbstverständlich auch vollinhaltlich unterstützen und bitte, auch diesen Zusatzantrag gemeinsam mit dem Antrag anzunehmen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

StR.<sup>in</sup> **Rücker** zur Dringlichkeit: Danke, Harry Pagner, für diesen Antrag. Wir werden dem auch in der Dringlichkeit und im Inhalt folgen. Ich möchte nur gerne als Gesundheitsstadträtin noch ein paar Anmerkungen dazu machen. Das eine ist, dass ich an der Stelle auch als eine, ich nehme an, auch einige Eltern hier herinnen werden die positiven Erfahrungen mit Kimono gemacht haben in früheren oder aktuellen Zeiten, und möchte an der Stelle noch einmal auch meine Hochachtung an die Ärzte rund um Dr. Uwe Enayat nochmals zum Ausdruck bringen, die ja aufgrund einer freiwilligen Leistung fast jahrzehntelang, bei uns war das fast vor 20 Jahren, dass man darauf zurückgegriffen haben, ihre Leistungen zur Verfügung gestellt haben. Sie sind alle in die Jahre gekommen und es schaut leider nicht so aus, dass es da eine Nachfolgelösung geben wird. Generell wäre eine Zusammenlegung oder eine Angliederung des Kinderärztenotdienstes an den bestehenden Ärztenotdienst natürlich wünschenswert. Braucht noch einiges an Verhandlungen, soweit uns das auch aus dem Gesundheitsamt berichtet wird, dass da nicht alle einer Meinung sind und was ich auch an der Stelle noch einmal bestätigen will, und da danke ich auch für den Zusatzantrag der KPÖ, dass die Klinik, die Uni-Klinik, so wie die momentan aufgestellt sind, Großartiges leisten und dass es ganz wichtig ist, auch dort zu einer Stärkung, nicht nur zu einer Aufrechterhaltung, sondern zu einer Stärkung dieses Standortes einen Beitrag zu leisten und deswegen denke ich mir, wird, wenn die Diskussion im Rahmen der Petition auf Landesebene da angezündet wird von der Stadt Graz, hoffentlich auch dieser Ansatz mitbestärkt werden. Das war, was ich noch ergänzen wollte, deswegen danke für den Antrag und wir werden in beiden Punkten zustimmen. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Heinrichs**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Damen und Herren, sehr geehrter Antragsteller, lieber Harry, liebe Frau Professor Daisy Kopera! Vielen Dank für die signalisierte Zustimmung zum Zusatzantrag. Wie beschrieben, ist für Graz bereits Bevölkerungszuwachs gegeben und dieser wird natürlich auch zukünftig hin noch

deutlicher gegeben sein. Und weil wir hier speziell vom Westen der Stadt sprechen, gibt es mehr als den angedachten Plan der Spitals- und Gesundheitsreform 2035, demzufolge auch der Standort LKH-West fallen wird, das Haus zieht ja bekanntlich in den Süden dann zum geplanten LKH-Südwest. Eine Entscheidung, welche gerade wegen des demographischen Zuwachses, in dem Fall wegen der Veränderungen eher unverständlich ist. Reininghaus wird entstehen, SmartCity wird entstehen, es wird also, wie Sie beschreiben, sehr notwendig sein, dort ein Allerhand an Angebot stattfinden zu lassen. Somit braucht es die im Antrag also beschriebenen Maßnahmen, um die Versorgung verunglückter, verletzter und kranker Kinder gewährleistet zu sehen. Abgefedert kann die bevorstehende Problematik durch ein primäres medizinisches Versorgungszentrum und das, was noch an Ideen gefordert wird, allemal werden, wenn auch nicht kompensiert und daher stimmen wir den beiden angeführten Punkten selbstverständlich vollinhaltlich zu und verweisen gleichzeitig mit Nachdruck auf die Bedeutung unseres exzellenten Kinderzentrums am Auenbruggerplatz, die größte diesbezügliche Einrichtung Europas in ihrer dementsprechenden Bedeutung ist ja auch explizit im vorliegenden Antrag genannt und treten einmal mehr dafür ein, dass es keinesfalls im Zuge der Einrichtung von primären Versorgungszentren zur Ausdünnung des gegebenen Spitalsangebotes kommen darf, keine Reduktion bei funktionierenden Strukturen, keine beim Personal und daher unseren Zusatzantrag. Drittens also: Sowohl die Einrichtung eines Kinder-Ambulatoriums im Grazer Westen als auch die Einführung eines kindernotärztlichen Dienstes darf nicht auf Kosten bestehender Gesundheitseinrichtungen beziehungsweise Spitalsstrukturen zur gesundheitlichen Versorgung von Kindern erfolgen. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Dieses Anliegen ist für uns auch ein sehr dringliches und das schon seit längerer Zeit. Deswegen haben wir im Mai 2014 auch einen Antrag zur Weiterführung des Projekts kinderärztlicher mobiler Notdienst gestellt. Mittlerweile

scheint es diesen KiMoNo nicht mehr zu geben, weil wenn man die Telefonnummer, die man im Internet herausuchen kann, anruft, dann gibt es keinen Anschluss unter dieser Nummer und das ist natürlich sehr traurig. In der Beantwortung hat das Gesundheitsamt im August 2014 uns in Aussicht gestellt, dass die Mitglieder des Kuratoriums für den Ärztenotdienst an sie herantreten, um unser Anliegen dort zu prüfen, aber ein Ergebnis haben wir leider bis heute noch nicht bekommen. Deshalb freut es uns ganz besonders, dass dieses Thema, dem wir uns ja schon länger widmen, auch jetzt noch einmal neu diskutiert wird. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist uns wirklich ein sehr großes Anliegen und dieser Antrag bedeutet eine Stärkung der Gesundheitsversorgung und der Infrastruktur im Grazer Westen und deshalb bekommt diese Initiative natürlich auch unsere Unterstützung, ebenso auch der Zusatzantrag (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Haas-Wippel**, MA: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einmal ein großes Danke an die beiden Antragsteller und Antragstellerin, wirklich ein toller Antrag, ein wichtiger Antrag. Die SPÖ unterstützt natürlich diesen Antrag und auch den Zusatzantrag und das aus mehreren Gründen. Wesentlich ist einmal, dass die Gesundheitsversorgung und auch im Speziellen der Kinder auf eine Basis gestellt wird, wo die ausreichende und vor allem die rasche Versorgung gewährleistet ist und wie Sie alle wissen, wir haben in Österreich ja absolut einen Nachholbedarf im Bereich der Primärversorgung generell, aber im Speziellen in der Pädiatrie und in der Geriatrie und deshalb ist es ganz wichtig, dass Primärversorgungseinheiten diese Schwerpunktsetzungen jetzt auch entsprechend umsetzen sollen. Letzte Woche war ja die Gesundheitskonferenz, wo die neuen Pflöcke, die neuen Richtlinien oder der Weg skizziert wurde und da war auch unisono zu hören, wie wichtig Primärversorgungseinheiten sind, also ganz ein wesentlicher Teil, ein Puzzleteil in der Gesundheitsversorgung und deshalb für die Geriatrie, aber auch

eben für die Pädiatrie ganz wesentlich und wir stimmen dem Antrag zu. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pogner**: Dankeschön für die breit gestreute Zustimmung hier, es freut mich ganz besonders. Ich darf mich auch noch einmal bei meiner Mitarbeiterin bei diesem Antrag, bei der Daisy Kopera, sehr herzlich bedanken, sie hat mit mir gemeinsam gearbeitet an diesem Antrag. Das ist schon toll, wenn man mit einer Universitätsprofessorin so einen Antrag gemeinsam erarbeiten kann. Das ist eine wirklich feine Geschichte und ich bedanke mich auch bei jenen Personen, die ursprünglich die Idee zu diesem Antrag hatten, die zum Teil heute auch auf der Galerie sind, die gesagt haben, dass auf der rechten Murseite im Grazer Westen eben hier ein Mangel besteht und nachdem wir das dann gecheckt haben, kommt man dann drauf, das ist wirklich so. Das LKH Graz-West und Südwest sind beide im Westen, auch wenn die Standorte zusammengelegt werden, aber man muss dort natürlich schauen, dass man im Westen etwas stärker ausbaut und dass die Universitätsklinik eine Vorzeigeklinik ist, das ist uns allen bekannt und wir achten und schätzen sie auch sehr und genau dieses Know-how, das wir dort haben, das soll auch in den Grazer Westen transferiert werden und damit diese Versorgungsdichte und die Versorgungsmöglichkeit gegeben ist. Und ganz besonders freut es mich, wenn die Kollegin Schönbacher hier sagt, sie werden dem auch zustimmen und sie sind für die Gesundheitsversorgung für alle Grazerinnen und Grazer und wenn man das von der FPÖ hört, dass man für alle da sein kann, dann ist es schon eine tolle Geschichte und es freut mich, dass auch die FPÖ für alle Grazerinnen und Grazer da ist und zustimmen wird (*Applaus ÖVP*).

***Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.***

***Der Antrag wurde einstimmig angenommen.***

*Der Zusatzantrag der KPÖ wurde einstimmig angenommen.*

## **2) Tourismus- und Nächtigungsabgaben für airbnb-Zimmervermietung**

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste! Airbnb ist eine neue Form der Vermietung und airbnb-Gastgeber teilen weltweit in 190 Ländern in 36.000 Städten ihre Unterkünfte mit Touristen und diese Hobbyvermieter treffen ihre prospektiven, ihre Kunden auf einer Internetplattform und relativ anonym wird das abgehandelt. Es ist zwar in den Geschäftsbedingungen von airbnb festgehalten, dass sich alle Vermieter an die dort, wo sie vermieten, ortsüblichen Regelungen halten sollen oder müssen. Die Behörden können aber aufgrund der Anonymität der Vermieter ihren Kontrollaufgaben nur sehr erschwert nachkommen.

Es ist zwar so, dass die Beitragsgrenzen für Tourismusinteressenten aktuell bei € 36.337,- Jahresumsatz liegen, was bei wirklich hobbymäßigen Vermietern wahrscheinlich hier keine Rolle spielen dürfte. Bei Vermietern, die aber mehrere Wohnungen vermieten, könnte das sehr wohl ein Thema sein.

Weiters liegen folgende Bereiche völlig im Graubereich: Nämlich, die Nächtigungsabgabe von € 1,50 pro Person und Nacht, die von allen gewerbsmäßigen Vermietern abgegeben werden muss, die Erfüllung der Meldepflicht (Meldeschein) und eine Beherbergungsstatistik für jene Wohnungen, die leer stehen; wenn diese vermietet werden, müsste eine Betriebsanlagengenehmigung vorliegen und weiters

einkommenssteuerrelevante Deklaration der Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung im Zuge des Jahresausgleiches.

Laut Auskunft der zuständigen Abteilung des Hauses Graz ist airbnb durchaus bereit, einen Vertrag mit der Stadt Graz über die zentrale Ablieferung der Nächtigungsabgabe abzuschließen, also die Anonymität würde trotzdem gewahrt werden. Voraussetzung wäre jedoch eine Änderung des Nächtigungsabgabengesetzes auf Landesebene, da ist bereits die Tourismusabteilung und die Finanzabteilung des Landes mit airbnb im Gespräch.

Eine Überprüfung der Einhaltung der Regelungen durch die Behörden wird aber nur dann möglich sein, wenn airbnb die Daten der Vermieter bekannt gibt und gegen das sträuben sich airbnb noch aufgrund der Europäischen Datenschutzrichtlinie.

Im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Um eine Legalisierung dieses Sektors zu erreichen und einen fairen Wettbewerb sicherzustellen, möge der Gemeinderat beschließen, die zuständigen Stellen sollen damit beauftragt beziehungsweise ermächtigt werden, die nötigen Schritte einzuleiten, damit die Einhaltung der existierenden Regelungen und Vorschriften überprüft und die entsprechenden Abgaben rechtskonform eingefordert werden können. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Das ist nicht der Fall. Möchte die Antragstellerin noch was zum Schluss sagen?



GR.<sup>in</sup> Univ.-Prof.<sup>in</sup> Dr.<sup>in</sup> **Kopera**: Ich möchte nur dazufügen, dass mag vielleicht nach Peanuts klingen, aber die Methode der Vermietung wird sehr gut angenommen und zukünftig könnte das durchaus eine relevante Einnahmequelle sein. Danke.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.***

GR.in Mag.<sup>a</sup> **Bauer** zum Antrag: Eine kurze Wortmeldung zur airbnb, es ist ja nicht so eine neue Plattform, sondern die Problemlagen sind ja auch schon länger bekannt und auch in der Tourismuskommission, wo man das diskutiert haben. Ich habe jetzt gerade die Beliebtheit wieder überprüft, ich habe heute reingeschaut, es sind jetzt 300 Angebote von Graz drinnen, also mir scheint das, weil das letzte Mal habe ich vor etwa einem guten Jahr hineingeschaut, da waren es auch 300. Also es scheint relativ konstant zu sein. Die Problemlagen über diese Abgaben hinaus sind ja wirklich Teil des unternehmerischen Rahmens, wo werden sie wie eingehalten und wer ist dafür verantwortlich? Das hat die Kollegin ja auch gesagt, aber darüber hinaus gibt es ja weitere Problemlagen. Werden Wohnungen in Wohnungsanlagen und Wohnungseigentumsanlagen vermietet, dann ist die Zustimmung aller Wohnungseigentümer notwendig und das macht auch in Wohnsiedlungen Probleme. Und das weitere, was Probleme macht und ich glaube, das sollte uns trotzdem allen zu denken geben, diese Form der Wohnungsvermietung entzieht uns einfach Wohnraum in Graz und das sollte nicht der Fall sein. Ich habe jetzt nur sehr spontan gedacht, naja, vielleicht ist es doch sinnvoller, wenn man nicht nur für Graz das abschließt, sondern wirklich auf Landesebene geht und das gemeinsam fasst, das wäre so die Anregung hier sehr spontan, weil es steht im Antrag drinnen, es ist schon ok, aber man sollte doch, nachdem das auch ein Landesgesetz ist, wie das geregelt ist, vielleicht das ganze Land da schon mitnehmen (*Applaus SPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Pavlovec-Meixner**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie! Ja, das ist ein schwieriges Thema, wir wissen auch, dass das airbnb zunimmt. Wir wissen auch, dass einige Leute ja das schon als Geschäftsfeld benutzen und dass das ziemlich unregelt ist in Österreich. Das bringt mich natürlich auch, so wie meine Kollegin Susi Bauer, zu dem Thema Leerstand, mit dem man sich dann ja auch beschäftigen müsste, weil wie kommt das, dass es Wohnungen gibt, die einfach so vergeben werden können und das Leerstandsthema ist ja eines, das wir schon öfter gemeinsam mit anderen versucht haben, im Gemeinderat zu thematisieren. Wir glauben aber dennoch, dass es wenig Sinn macht, das auf der jetzigen Ebene, also wie es im Antrag vorgeschlagen ist, auf einer kommunalen Ebene zu regeln und wir glauben auch, dass es ganz, ganz wichtig ist, beim Datenschutzthema hinzuschauen, damit da alles passt und deshalb würden wir vorschlagen, dass man eher schauen, gemeinsam uns anstrengen, dass es da eine bundesweite Lösung gibt. Das heißt, auf Bundesebene eine Lösung gesucht wird und daher werden wir dem, wie das jetzt vorgeschlagen ist, nicht zustimmen, weil wir das nicht für sinnvoll halten (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren! Gleich vorweg, wir werden dem Inhalt die Zustimmung geben, freut mich, dass von der ÖVP da aus meiner Sicht ein Wirtschaftsantrag kommt, kann mich gar nicht erinnern, ob in der Periode schon einer gewesen ist zu dem Thema Wirtschaft. Ok, es war nicht von der Daniela Gmeinbauer, es war nicht vom Wirtschaftssprecher vom Klaus Frölich, es war von der Frau Professor, aber gut, Hauptsache es kommt irgendwas. Wir sehen das nämlich, dass man es eher zum Schutz der Grazer Hoteliers sozusagen und der professionellen Zimmervermieter,

dass man da Chancengleichheit hinbekommt, das steht eh im Motivenbericht so drinnen. Jeder, der selbständig ist, weiß, da gibt es Arbeitnehmerschutz, Verordnung, da gibt es Fluchtwege, keine Ahnung, was alles, also da ist keine Chancengleichheit, wenn ich da einfach ein Zimmer oder eine leer stehende Wohnung vielleicht sogar vermiete. Sicher ein richtiger Schritt, vielleicht ist es nicht ganz so griffig, wenn man da nur als Stadt Graz was macht, weil es geht da um viel mehr. Vielleicht auch deshalb eine kleine Halbherzigkeit von der ÖVP, weil es nicht ganz so ernst gemeint ist, aber es ist ein guter Schritt in die richtige Richtung und wir werden dem Ganzen zustimmen (*Applaus FPÖ*).

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.***

### **3) Keine Kürzung der Wohnbeihilfe**

GR. Mag. **Krotzer** stellt namens von KPÖ, Grünen und Piratenpartei folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Krotzer**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die steirische Landesregierung hat uns diese Woche noch mit einer Husch-Pfusch-Aktion vor der Sommerpause ja einiges an Aufregung beschwert, nicht nur uns, sondern insbesondere auch den tausenden Bezieherinnen und Beziehern der Wohnbeihilfe in der Steiermark, wo es zu umfassenden Einschnitten gekommen ist. Tausende Grazerinnen/Grazer, insbesondere PensionistInnen, AlleinerzieherInnen und kinderreiche Familien sind davon betroffen. Die Wohnbeihilfe wird gekürzt, es wird auch die Bezugsgrenze gesenkt, der Unterhalt, Alimente oder Familienbeihilfe wird in die Berechnung einbezogen, also das sind alles massive Verschlechterungen, die hier

bevorstehen. Auch Studierende trifft es hart. Es werden nur mehr jene Wohnunterstützung bekommen, wie das neuerdings heißt bekommen, deren Eltern effektiv unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle liegen und nur mehr die werden anspruchsberechtigt sein, sollen anspruchsberechtigt sein. Also insofern werden auch viele WGs nicht mehr leistbar sein.

Wir wissen, Wohnen ist auch jetzt schon für viele Menschen in Graz schwer leistbar. Es geben viele mehr als die Hälfte des Haushaltseinkommens dafür aus. Die Wohnbeihilfe ist eben geschaffen worden, um diesem Trend entgegen zu wirken und muss insofern aus unserer Sicht unbedingt erhalten bleiben.

Die Stadt Graz ist von dieser Veränderung massiv betroffen, hat aber nicht einmal die Möglichkeit gehabt, eine Stellungnahme zu dieser gravierenden Veränderung abzugeben. Für das Gesetz gab es keine Begutachtungsfrist, obwohl die Landesverfassung dies vorsieht. Es soll bereits ab September 2016 gelten.

Zu betonen ist auch noch, dass das Land Steiermark so einen Teil der Kosten auf die Stadt abwälzt, als dass es in Graz ja das Modell der Mietzinszahlung gibt, wo Mieterinnen und Mieter von Gemeindewohnungen nicht mehr als ein Drittel des Haushaltseinkommens für das Wohnen ausgeben. Die Kürzung der Wohnbeihilfe würde natürlich auch dazu führen, dass die Stadt hier mehr an Mitteln aufwenden muss.

Ich darf daher, und das Ganze mit Unterstützung auch der grünen Partei und der Piratenpartei, den

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g**

einbringen: Die Stadt Graz spricht sich in aller Deutlichkeit gegen die vom Landtag beschlossenen Einschnitte bei der Wohnbeihilfe aus, die tausende Grazerinnen und Grazer treffen werden. Sie wird eine entsprechende Stellungnahme an den Landtag und die Landesregierung richten und sie ersuchen, das beschlossene Gesetz auf Basis dieser Stellungnahme noch einmal zu überdenken. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR.<sup>in</sup> **Potzinger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie! Lieber Antragsteller! Erstens verwehre ich mich einmal gegen deinen Ausdruck Husch-Pfusch-Aktion vor der Sommerpause, es war keine Husch-Pfusch-Aktion, es war im zuständigen Ausschuss gut vorbereitet und zwar als selbständiger Antrag, die von euch behaupteten Rechtswidrigkeiten betreffend Begutachtungspflicht gehen völlig ins Leere. In diesem Fall, wenn ein zuständiger Ausschuss einen selbständigen Antrag stellt, gibt es keine Begutachtungspflicht, das Dritte, die Mehrkosten für die Stadt, sind ebenfalls aus der Luft gegriffen. Du weißt ganz genau, dass es keine Kompensationspflicht der Stadt Graz gibt, da gibt es das Übereinkommen, wenn das Land irgendwo kürzt, haben wir nicht automatisch eine Kompensationspflicht. Es ist sorgfältig vorgegangen worden. Durch die Wohnbeihilfe neu werden ganz bedeutend Verwaltungskosten eingespart, weil endlich nicht mehr drei Stellen zuständig sind, drei verschiedene, sondern wir jetzt das One-Stop-Prinzip haben, das über eine Stelle geht. Es ist ganz wichtig, endlich einmal bei der Wohnbauförderung und bei der Wohnbeihilfe die Treffsicherheit zu erhöhen und die Verwaltung zu vereinfachen, das ist damit gewährleistet. Und zur Angelegenheit, die Studenten seien jetzt benachteiligt, weil man sich künftig am Einkommen der Eltern orientiert. Lieber Herr Kollege Krotzer, ihr als KPÖ habt etwas dagegen, wenn sehr wohlhabende Eltern sehr wohl auch dafür aufkommen, wenn ihre studierenden Kinder eine Wohnung benötigen. Ihr lieben Mitglieder der KPÖ kennt sicher die Regelbedarfsätze, die derzeit gelten für über 19-Jährige, also Studierende, liegen die zwischen 555 und 1.397,50 Euro. Also wenn wohlhabende Eltern ihrem studierenden Sprössling fast 1.400 Euro im Monat geben als Unterhaltsanspruch, dann ist das wohl gerechtfertigt, wenn der Sprössling für seine Wohnung selber aufkommt. Etwas wollen wir allerdings als Familienpartei ÖVP, die Eltern sind verpflichtet, ihre Kinder ihren Verhältnissen entsprechend zu unterstützen,

aber derzeit ist in Österreich steuerrechtlich nicht vorgesehen, dass die Eltern das auch geltend machen können. Da gab es vorigen Montag in Berlin eine ganz interessante EU-Fachkonferenz, wo festgestellt wurde, auch von der OECD, dass Österreich europaweit Schlusslicht ist bei der Berücksichtigung dieser Kosten. Wenn eine Mittelstandsfamilie drei studierende Kinder hat und für die auch finanziell zu sorgen hat, dann zahlt sie in Österreich gleich viel Lohnsteuer wie ein kinderloser Single, das ist ein Fehler im System. Da werden wir als Familienpartei ÖVP im Herbst am Petitionswege dagegen was unternehmen, aber euer dringlicher Antrag ist eine Husch-Pfusch-Ideologieangelegenheit, die wir in der Dringlichkeit und im Inhalt ablehnen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Bauer**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine Vorrednerin hat mir schon einiges vorweggenommen und ich kann dem auch zustimmen, wie es zustande gekommen ist beziehungsweise die Einzelbetrachtung. Ich brauche es nicht mehr wiederholen, stimme dir zu, was du gesagt hast und unterstütze das. Ergänzend darf ich dann jetzt festhalten, ich meine, die Wohnbeihilfe ist eine Sozialleistung und das ist etwas ganz, ganz Wichtiges und Intention ist, es einfach und klarer zu machen und nämlich für alle nachvollziehbar zu machen. Und dieses Problem der jetzt Nicht-Nachvollziehbarkeit, der Speisung aus drei Töpfen dagegen und Anrechnung und der sonstigen Rechnung, weiß ich aus eigener Erfahrung aus der Beratung heraus, macht Probleme, nämlich man glaubt oft, man ist Gerechtigkeitsprobleme, wo die Menschen glauben, ja der andere kriegt mehr aus diesem und jenem Titel, muss aber gar nicht der Fall sein. Also diese Komplexität hat sogar einen Ungerechtigkeitscharakter da mit drinnen, dass die Menschen da einander... also eben weil es unterschiedlich gesehen wird. Also in dem Sinn ist es wirklich besser und die komplizierte Berechnungsmethode wird alleine darauf aufgestellt, wie viel haben die Menschen, die dort in der Wohnung wohnen und das heißt, dass Menschen mit niedrigem Einkommen eine

Wohnungsunterstützung erhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen der KPÖ, ich möchte ganz gerne ein paar Sachen auch kritisch hinterfragen und ansprechen, die ihr da vorgetragen habt, weil ihr sagt ja immer oder tut so, als ob ihr alles wisst und ob ihr alle auf der sicheren Seite seid und das könnt ihr mir heute bitte glauben, etwas was ich heute hier oder wie ich den Antrag gelesen habe und eure E-Mails, habe ich mir gedacht, schön, jetzt wird es wieder einmal schön verunsichert die ganze Sache. Es ist nicht so einfach, etwas Neues zu regeln und ihr habt ganz dezidiert Unsicherheit gestreut und das ist ein Vorwurf, den ich euch gerne machen möchte. Wir haben jetzt eine politische Situation, wir stehen vor Herausforderungen, wo es Lenkung und Stabilität braucht und ihr kommt jetzt mit Unsicherheit daher. Das Zweite, was ich mir gedacht habe, es ist jetzt ganz schön, dass ihr für das Wohnungswesen so lange Verantwortung trägt und die Wohnungskosten, wir haben es debattiert, ich bin froh, dass der Wohnungsbericht jetzt endlich kommt, aber im Endeffekt Wohnungspreise zu steuern, habt ihr in Graz sehr, sehr lange in euren eigenen Händen. Und ich möchte jetzt gerne noch etwas betonen, ich habe gerade vorige Woche jemand gehabt bei mir aus dem Gemeindewohnungsbereich, der sich beklagt hat über die steigenden Kosten im Gemeindewohnungsbereich. Liebe Elke Kahr, ich habe es nachgerechnet, die sind viel höher gestiegen als der Zehn-Jahres-Vergleich war, als die Indexsteigerungen in den Zehn-Jahres-Vergleich waren. Ich bin dort gesessen und habe gesagt, es tut mir leid, ich kann da nicht helfen. Das muss uns auch bewusst sein, im Endeffekt müsste man jetzt hergehen, in die eigenen Wohnungen hineinschauen und nach Kostensenkungspotentialen in den Häusern suchen, das habe ich mir hier gedacht. Zum Antragstext selber noch eine Bemerkung, hier wird mit unfertigen Halbinformationen und teilweise mit falschen Informationen gearbeitet, das ist nicht gut. Die Wohnbeihilfe wird nicht gesenkt, das habt ihr auch schon gesehen und bitte auch mit den Einkommensbegriffen aufpassen. Vieles, was ihr sagt, das wird anders, das ist aber jetzt schon so, das ist nicht der Fall. Liebe Kollegen, das ist mitten in der Debatte, wo man auch noch die Durchführungsverordnung abwarten muss, wäre es wichtiger, dass wir uns konstruktiv in die Durchführungsverordnung und in die Erstellung dieser

einbringen. Euer Weg ist heute populistisch und nicht seriös, uns ist das Thema wichtig, wir wollen hier Klarheit und Sicherheit und eine gute Sozialleistung, deswegen nein zur Dringlichkeit und nein zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Moser**: Werte Damen und Herren auf der Galerie, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! Wir haben uns mit dem Antrag auseinandergesetzt. Vieles wurde vorweggenommen von meinen Vorrednern, ich möchte hier allerdings einmal einen Zeitungsbericht korrigieren. Wir haben im Landtag dem Antrag nicht zugestimmt. Die FPÖ hat im Landtag lediglich zugestimmt, dass dieser Antrag auf die Tagesordnung kommt, sonst hätte es einen Sonderlandtag geben müssen und den wollten wir aus Sparsamkeitsgründen und aus anderen Gründen verhindern. Es wurde von der FPÖ selbst ein Entschließungsantrag eingebracht, der an das Gesetz in Oberösterreich sich orientiert, wonach wir Drittstaatsangehörige, die Berechtigung von Drittstaatsangehörigen reduzieren wollen, indem wir den Nachweis von Deutschkenntnissen fordern, indem wir mindestens einen fünfjährige Hauptwohnsitz in Österreich fordern oder vorgeschlagen haben und dass man den Bezug von Einkünften nachweist. Das heißt, es sollen Leute in den Genuss solcher Förderungen kommen, die eine Zeit lang in Österreich und in dem Fall 54 Monate in Österreich gearbeitet haben und hier Leistungen erbracht haben. Und dies alles ist in dem Gesetz nicht drinnen, daher hat die FPÖ im Landtag das Gesetz abgelehnt und wir lehnen auch hier sowohl die Dringlichkeit als auch den Inhalt Ihres Antrages ab (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bekanntlich unterstützen wir, und bedanke mich auch beim Antragsteller Robert Krotzer, unterstützen wir den



dringlichen Antrag der KPÖ. Interessant ist, was wir hier hören. Niemand spricht sich dagegen aus, dass man Verwaltungsangelegenheiten unter Umständen vereinfacht, dass man das in einem dementsprechenden parlamentarischen offenen Verfahren und Diskurs abführt. Dass man, Susi Bauer, selber ArbeiterInnenkammer-Mitarbeiterin, dass man natürlich auf Kammern und Institutionen in solchen Konsultationsmechanismen, wie man normalerweise eine Verordnung, ein Gesetz erlässt, zurückgreifen kann, wundert mich, dass das für die ArbeiterInnenkammer in dem Fall gar nicht so wichtig ist oder für eine Vertreterin der ArbeiterInnenkammer. Wichtig wäre es unter Umständen gewesen für die Österreichische HochschülerInnenschaft, in der Form sich das genau anschauen zu können, mit den Parteienvertretern sprechen zu können und unter Umständen auch alternative Vorschläge einbringen zu können. Die Frage, warum man hier fast schon notverordnungsmäßig vorgeht und im Eilzugstempo versucht, was durchzudrücken, das habt ihr alle nicht beantwortet und eines ist auch ganz richtig, was der Robert Krotzer gesagt hat, wir als Stadt Graz sind bei 5.800 in etwa anspruchsberechtigten Studierenden, die es derzeit angeblich gibt, so...

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Lieber Karl, ich muss nur kurz... ich habe das übersehen, ihr steht am Antrag oben und dann darf man eigentlich nicht zur Dringlichkeit reden. Ich bitte das zur Kenntnis zu nehmen, das müssen wir einhalten.

GR. **Dreisiebner**: Ich komme später wieder.

Bgm.-Stv.<sup>in</sup> **Kahr**: Bevor wir dem Antragsteller zur Dringlichkeit das Schlusswort geben, möchte ich nur selbst ein paar Anmerkungen trotzdem machen, weil ich auch direkt angesprochen worden bin und einfach nicht Sachen im Raum stehen lassen kann, die

so allgemein gesprochen nicht zutreffen können. Erstens einmal sind die Gemeindewohnungen, seit die KPÖ das übernommen hat, um 40 % die Mieten, nicht die Betriebskosten oder Heizung, die Mieten um 40 %, gesenkt worden, das ist das Erste. Wir haben, seit wir die Ressortverantwortung haben, die Kategorie-Mieten und auch die Indexierungen von uns aus immer den Antrag gestellt, dass sie nicht erhöht werden. In der überwiegenden Mehrheit hat der Stadtsenat das so angenommen, zweimal wurde das so nicht angenommen, nur so viel zur eigenen Verantwortung und Steuerung. Diese Wohnungen, wo die Kommune, die Stadt Graz das Zuweisungsrecht hat, betrifft ja nicht nur die gemeindeeigenen, sondern auch Übertragungswohnbauten und ich habe das da in dem Haus schon öfter erzählt und auch gesagt und Sie wissen selbst im Landtag, wo das Problem liegt, durch die Annuitätensprünge und durch, wenn die Bankdarlehen abgelaufen sind, kommen dann die Rückzahlungen an das Land selbst und das bewirkt natürlich immens hohe Wohnkostensteigerungen auch in Übertragungswohnbauten und in sogenannten Gemeindewohnungen. Aber genau weil man das gewusst hat, hat die KPÖ den Antrag 2000, wenn Sie sich erinnern, eingebracht, einen Antrag auf Mietzinszahlung, der auch einstimmig vom Gemeinderat angenommen wurde und seitdem gibt es das, was mein Kollege schon angesprochen hat, nämlich, dass niemand in einer Gemeindewohnung mehr als ein Drittel für sein Einkommen zahlt. Trotz oder ohne Wohnbeihilfe, das nur so viel zur Korrektur (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer**: Ich nehme an, wir werden nachher nicht weiter über den Inhalt sprechen. Was wir hier leider wieder erleben haben müssen, war ein Lehrstück vermeintlich christlich-sozialer und vermeintlich sozialdemokratischer Politik, dass man sich hier mit doch irgendwie sehr vielen technografischen Ausreden hinweg bemüht über die Perspektive der Betroffenen, die man hier offenbar auch gar nicht zur Kenntnis nimmt. Die Menschen werden es Ihnen danken, sage ich Ihnen einmal und insofern werden wir weiterhin uns dagegen aussprechen, schade, dass es hier keine

Mehrheit findet, wo es doch im Interesse der Stadt wäre und im Interesse der Grazer Bevölkerung (*Applaus KPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **4) Zweckmäßige Benützung von Jugendzentren und Bezirkssportplätzen**

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir sollten einmal darüber reden, wie der Zweck solcher öffentlicher Einrichtungen aussieht und wie wir diesen Zweck auch erhalten können. Wir reden hier von Jugendzentren, wir reden hier von Bezirkssportplätzen, aber es gäbe noch eine weitere Reihe an Einrichtungen, die hier in Frage kommen. Kindergärten, Studentenheime etc., nur diese Debatte würde jetzt zu weit führen und da ist auch die Regelungskompetenz des Gemeinderates und der Stadt Graz eine andere. Diese öffentlichen Einrichtungen werden ja seit geraumer Zeit von Asylwerbern besucht, benützt und auch als Daueraufenthaltort, zumindest tagsüber, verwendet. Die unmittelbare Folge ist, dass es zu einer Verdrängung kommt, dass sich hier Gruppen nach Herkunft formieren und dass Kinder und Jugendliche, wenn es um Jugendzentren geht, immer mehr auch ausgeschlossen werden. Da gibt es ganz konkrete Vorfälle, die auch an uns

herangetragen wurden, beispielsweise aus dem Jugendzentrum Don Bosco, dort ist es so, dass es eine Gruppe österreichischer Jugendlicher gegeben hat, die dort immer Tischtennis spielen waren, das ist jetzt nicht mehr möglich. Die können dort nicht mehr hingehen, weil die Sportgeräte, auch die Tischtennistische, die ganze Zeit in Benützung stehen von Asylwerbern, das Gleiche hat sich bei einem Bezirkssportplatz in Waltendorf abgespielt, dort ist es österreichischen Kindern nicht mehr möglich, am Wochenende Fußball zu spielen, weil sie von den Asylwerbern, die sich von dem nahen Asylheim dort aufhalten, gar nicht einmal hineingelassen werden. Und das sind einfach Punkte, die angesprochen gehören, das ist natürlich nicht angenehm, das ist mir bewusst, aber das sind einfach Entwicklungen, die betrachtet gehören und wo es auch Überlegungen geben sollte, wie wir diese Entwicklungen auch wieder eindämmen, welche Maßnahmen da getroffen werden könnten. Natürlich können wir das jetzt nicht abschließend diskutieren, da sind dann auch die zuständigen Ämter gefordert, hier sich auch zu überlegen, was es für Möglichkeiten gibt, hier wieder die zweckmäßige Benutzung dieser Einrichtung herbeizuführen. Aber wichtig ist es uns vor allem einmal, über das auch zu sprechen. Es gäbe unterschiedliche Möglichkeiten, natürlich bei der Förderung anzusetzen, es gäbe die Möglichkeit oder es ist denkbar, Haus-, Platz- und Benützungsordnungen zu erlassen, aber was es dann im Konkreten ist, ich glaube, da sollten wir die Ämter beauftragen, sich hier Gedanken zu machen.

Deshalb stelle ich beziehungsweise bringe ich den

### **dringlichen Antrag**

ein. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Abteilungen der Stadt Graz – im Besonderen das Amt für Jugend und Familie und das Sportamt – werden beauftragt, taugliche Maßnahmen zu erarbeiten, um eine zweckgemäße Benützung von Bezirkssportplätzen und Jugendzentren durch

die dauerhaft in Graz lebenden Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR.<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> **Marak-Fischer** zur Dringlichkeit: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Kolleginnen, lieber Armin! Auch ohne vorher die Empörungsbeauftragten der Grünen konsultiert zu haben, kann man hier, glaube ich, sagen, bin ich sehr verwundert über diesen Antrag. Die Benützung von Sportplätzen durch dauerhaft in Graz lebende Kinder, das ist dermaßen absurd. Wenn man diesen Gedanken fortführt, kann also ein Schüler oder eine Schülerin, die zufällig aus Graz-Umgebung kommt und in Graz zur Schule geht, diesen Sportplatz nicht mehr besuchen? Können die Besucher und Besucherinnen von Grazer Kindern nicht mehr gemeinsam auf den Sportplatz gehen? Muss man per Meldezettel oder gar irgendwelchen Ahnennachweisen beweisen, dass man dauerhaft aus Graz stammt und in Graz lebt? Also diesen Gedanken weiterzuführen, glaube ich, zeigt auch sehr schnell, wie absurd er ist und was soll das heißen, dass öffentlicher Raum nur mehr für eine bestimmte Personengruppe da ist? Sollen wir unsere Grazer Straßen nur mehr für die Grazer Bürger und Bürgerinnen öffnen? Sollen wir die Parkplätze ausschließlich für die Bürger und Bürgerinnen, die öffentlichen Parks, wie schaut es aus mit dem Stadtpark, dürfen da nur mehr die original in Graz wohnhaften Hansis auf Dauer leben? Sollen auch die einen Nachweis bringen, dass sie dauerhaft in Graz leben? Also ich glaube, dieser Gedanke ist so dermaßen absurd, dass man ihn gar nicht weiterführen braucht. Wir stimmen dem Antragsteller insofern zu, als man sagen muss, ja natürlich ist es nicht Sinn der Sache, dass die Benutzung durch eine einzige Gruppe, seien es jetzt die Bewohner eines bestimmten Hauses, die nur blauäugigen Blondes oder die nur Kinder von Asylwerbern, wie auch immer von irgendeiner Gruppe, natürlich darf kein Platz ausschließlich einer Gruppe zur Verfügung stehen, aber ich glaube, das tut er erstens nicht und zweitens gibt es ansonsten andere Wege, miteinander zu reden und sich

diese Plätze auch zu teilen. Im Sinne der Integration wäre jegliche Trennung dieser Art natürlich, ich glaube, da braucht man gar nicht viel drüber nachzudenken, sinnlos, würde die Gesellschaft auseinanderdividieren und das schaffen, was die Freiheitlichen angeblich immer kritisieren, nämlich Parallelgesellschaften. Das Aussperren einer bestimmten Gruppe von öffentlichen Einrichtungen, das produziert in Wirklichkeit Parallelgesellschaften, das teilt unsere Gesellschaft und dafür stehen wir selbstverständlich nicht zur Verfügung. Daher nein zur Dringlichkeit und nein zum Inhalt (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Hofer**: Sehr verehrte Kollegen und Kolleginnen, lieber Armin! In deinem Antragstext habe ich zum Beispiel gefunden, dass du da forderst, dass einmal ein Anfang wäre, dass wir eine zeitlich eingeschränkte Nutzung der Sportflächen vorgeben sollten. Da frage ich dich, wie oft warst du schon beim Bezirkssportplatz und wann warst du das letzte Mal dort, weil das hängt nämlich auf jedem Bezirkssportplatz, dass die Nutzung im Wartefall maximal 30 Minuten ist bei der Spielzeit und dass dann abgewechselt wird.

***Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Theorie.***

GR. Dr. **Hofer**: Das ist eine große Tafel, Theorie ist kein Problem. Ich habe als Bub auch sehr viel auf Sportplätzen gespielt, da waren auch immer die Größeren da, da habe ich dann auch nicht spielen dürfen, da habe ich halt zuerst einmal woanders gespielt, bis ich der Größere war, dann habe halt ich mehr gespielt und sonst haben wir halt die Eltern angerufen. Wie wir die Eltern angerufen haben oder wer gekommen ist...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Bist du jetzt immer dort? Vielleicht ist der Antrag gegen dich.***

GR. Dr. **Hofer**: Das kann sein, vielleicht bin ich zu viel am Sportplatz, ich meine, ich schaue dunkel aus. Dazu muss ich schon sagen, ein gewisses Konfliktlösungspotential, glaube ich, kann man den Kindern auch schon zugestehen und ich habe auch vorher mit dem Sportamtsleiter darüber gesprochen, die wissen davon überhaupt noch nichts. Also da hat sich überhaupt niemand noch gemeldet, also da ist eine große Tafel, da steht die Telefonnummer vom Sportamt oben, da braucht sich nur wer melden. Also ich wüsste jetzt nicht, wo das Problem ist, wenn ich dort wirklich nicht spielen darf und ich mich wirklich schwer benachteiligt fühle, dann würde ich mich zumindest bei der angegebenen Telefonnummer melden und sagen, ich darf dort nicht spielen. Das ist niemandem bekannt. Da gibt es zum Beispiel eine Ordnungswache, die gehört gar nicht in unseren Bereich, könnten ja auch einmal hinfahren. Also ich weiß nicht, als Sportplatz, da steht im Antragstext drinnen, dass der zu sehr genutzt wird, also dass ein Sportplatz zu sehr genutzt wird, das ist mir neu, ich wäre froh, wenn die Sportplätze alle so genutzt werden und noch dazu muss man ja sagen, dass wir auch fleißig daran sind, auch mehrere Sportinfrastrukturen zu schaffen, vielleicht kriegen wir ein Budget durch, dass wir noch mehr Geld für Sportplätze kriegen, mich würde es sehr freuen. Der Kurt Hohensinner ist da als zuständiger Stadtrat sehr dahinter, dass auch sehr niederschwellige neue Sportplätze geschaffen werden jetzt ja auch bei der Promenade, bei den Muraue, da gibt es auch im nächsten Jahr wieder einen neuen, also es wird sehr viel auch danach getrachtet, dass neue Sportplätze gemacht werden. Also wenn diese Übernutzung schon stattfindet, freue ich mich, dass so viele Sport betreiben. Es werden sicher Neue kommen und wenn es da wirklich solche Probleme geben sollte, dann soll sich einmal wer im Sportamt melden. Also ich glaube jetzt nicht, dass vor

allem quasi die Vorgabe, dass da jetzt schon Maßnahmen getroffen werden sollen, das gibt es eigentlich schon. Also ich wüsste jetzt nicht, warum das dringlich ist, das ist seit Jahren und seit Anbeginn der Bezirkssportplätze aufgehängt, also man braucht es eigentlich nur lesen (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel**: Wir können natürlich weiterhin das Problem herunterreden, es ändert nichts daran, dass dieses Problem existiert. Wir können über I-Tüpfel-Reitereien diskutieren, wir können darüber diskutieren, ob das jetzt dauerhaft aufhältig heißen soll oder nicht, ich glaube, es ist klar, was gemeint ist. Aber wir müssen, glaube ich, doch uns diesem Problem stellen, das ist an uns herangetragen worden. Wir werden das auch so entsprechend ausrichten, dass es nicht ernst genommen wird hier herinnen im Gemeinderat und es ja genau das Problem, das in weiterer Folge dann wieder zur Verunsicherung in der Bevölkerung führt, dass man dieses Problem, das existiert, nicht ernst nimmt. Abgeschasselt, das bin ich ja schon gewohnt, das war ja auch damals so, wie ich darauf hingewiesen habe, dass es Probleme in den Freibädern gibt, dass man da vielleicht nachdenken sollte, auch mit Kontrollen zu arbeiten, mit Sicherheitspersonal zu arbeiten, da hat man gar nichts dazu gesagt, da war Schweigen im Walde hier im Gemeinderat. Kurze Zeit später ist es schon passiert der erste sexuelle Übergriff und ich garantiere Ihnen, dass es weiter dazu kommen wird, auch in unserer Stadt, wenn wir hier nicht präventiv auch Maßnahmen treffen, dann wird das passieren und es wird deswegen passieren, weil eine Entwicklung im Gange ist, die das noch verschlimmern wird und zwar auf das Massivste. Es war zu lesen heute im Journal, übersetzt steht da drinnen so viel wie Exodus biblischen Ausmaßes ist zu erwarten und zwar schließen in Kenia etliche Flüchtlingslager, Libyen ist nicht bereit, die Flüchtlinge zurückzuhalten. Allein vorgestern waren 4.500 Flüchtlinge am Mittelmeer unterwegs, die dann auch aufgesammelt worden sind mit Rettungsbooten und das geht weiter. Viele werden durch diese fahrlässige Politik der EU auch europäisches Festland



erreichen, die werden in Europa auch zu uns kommen, sie werden auch nach Graz kommen, sie werden dieses Problem verschärfen in Jugendzentren, natürlich ja auch auf Bezirkssportplätzen und deswegen ist es jetzt noch an der Zeit, da präventiv tätig zu werden und sich einmal dieses Problems anzunehmen und zu schauen, ja, das Problem gibt es. Aber ich werde jetzt natürlich den Herrschaften, die sich an uns gewandt haben sagen müssen, dass Sie halt weiterhin nicht ins Jugendzentrum Don Bosco gehen können und dort Tischtennis spielen können, weil eben dort den ganzen Tag Asylwerber sich aufhalten....

***Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Beim Sportamt melden.***

GR. Mag. **Sippel**: ...sie werden nicht auf dem Bezirkssportplatz bei den Eustacchio-Gründen in Waltendorf fehlen können, weil dort zu Spielzeiten am Abend hier kein Zugang möglich ist.

***Zwischenruf unverständlich.***

GR. Mag. **Sippel**: Ich kann dir das gerne weiterleiten, aber dass das nicht immer so einfach ist, auch sich gegenüber einer Behörde oder einem Amt zu melden von Jugendlichen, das ist natürlich auch klar. Und da geht man halt vielleicht zuerst einmal zu einem politischen Vertreter, dem man vertraut und ich fühle mich als Anwalt, der das dann da auch mitteilt. Und dir als zuständigem Stadtrat dann Mitteilung, vielleicht

gehst du damit sorgsam um, das wäre schön, wenn deine Fraktion das ähnlich sehen würde, dass du dich einmal diesen Fällen annimmst. Dass Jugendliche...

***Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Die Leute können sich auch bei mir melden.***

GR. Mag. **Sippel**: Abschließend, ich bin gerne bereit, diese Fälle, die konkrete Fälle sind, auch dir, du bist ja zuständig, was die Sportbereiche betrifft, im Sozialbereich, also Jugendzentren sind dem Sozialbereich unterstellt, da würde ich mich dann an den Stadtrat Ehmann wenden, dass man diese Fälle, die konkreten Vorfälle sich anschaut und nicht so tut, wie wenn da nichts wäre und sich lustig macht drüber. Der Realität müssen wir uns stellen da herinnen (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.***

***Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **5) Petition zum Erhalt des Rechts auf Barzahlung, Wahlfreiheit und Schutz der Privatsphäre im Zahlungsverkehr**

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Um die Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema nicht in den Hintergrund rücken zu lassen, erachtet es die FPÖ-Graz als notwendig, dass auch der Gemeinderat der Stadt Graz im Wege einer Petition an den Bundesgesetzgeber herantreten wolle.

Die geplante Abschaffung des 500-Euro-Scheins und die Einführung von Bargeldlimits können als erste Schritte der EU zur kompletten Abschaffung des Bargeldes gewertet werden. Unter dem Deckmantel der Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung soll die Freiheit im Zahlungsverkehr einer massiven Einschränkung unterzogen werden. Anfang dieses Jahres äußerte sich der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos unmissverständlich: Cash sei fürchterlich teuer und ineffizient. Bargeld helfe nur noch Geldwäschern und anderen Kriminellen, ihre Geschäfte zu verschleiern. Nur werden wir durch die Abschaffung des Bargeldes bestimmt nicht die Kriminalität und den Terrorismus aus der Welt schaffen können, was wir in dem Fall aber sicher verhindern, ist unser Recht auf die Wahlfreiheit, wie ich als Bürger bezahlen möchte.

Noch im Herbst des vergangenen Jahres beantwortete der EU-Finanzmarktkommissar Jonathan Hill eine entsprechende Anfrage eines österreichischen EU-Abgeordneten damit, dass die Kommission an keiner Debatte über die Abschaffung von Bargeld oder die Begrenzung von Barzahlungen auf ein bestimmtes Maximum interessiert wäre. Tatsache ist jedenfalls seit April dieses Jahres, dass die Europäische Zentralbank mit Ende 2018 die Ausgabe des 500-Euro-Scheins einstellen wird. Der EZB-Präsident Mario Draghi hatte in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, dass der 500-Euro-Schein für kriminelle Zwecke genutzt werde und er ein Instrument für illegale Aktivitäten wäre. In Wahrheit ist die Masse der vorgebrachten Argumente wenig nachvollziehbar. Eine nicht offen und ehrlich geführte Diskussion deutet darauf hin, dass Bargeld schrittweise abgeschafft werden soll, um Negativzinsen leichter an die Bürger weitergeben zu können.

Die Abschaffung des 500-Euro-Scheins und die Einführung von Bargeldlimits sind in der EU ja eigentlich eh schon gang und gäbe, aber wir wollen das einfach nicht, weil es einfach unsere Freiheit einschränkt und so, wie Jean-Claude Juncker schon einmal gesagt hat, wenn es ernst wird, muss man lügen oder wir beschließen etwas, stellen das dann in den Raum und warten einige Zeit ab, was passiert. Das geht mir so nach dem Motto: Zuerst lügen und dann schnell beschließen, noch bevor die Bürger die Auswirkungen bemerken, weil sie gewöhnen sich eh relativ schnell an alles.

In einer Welt ohne Bargeld, in der alles, was man bargeldlos kauft und konsumiert, verfolgbare ist, gibt es keine Freiheit und keine Privatheit mehr. Das Ergebnis einer Welt ohne Bargeld wäre der finanziell entmündigte und gläserne Bürger. Der Bevormundung des Bürgers wären keine Grenzen mehr gesetzt. Es macht sehr wohl einen Unterschied, ob ein Bürger freiwillig einen digitalen Fingerabdruck hinterlässt oder ob er mangels Bargeld gar keine andere Wahl mehr hat. Diese Wahlfreiheit muss auch in Zukunft gegeben sein. Bargeld ist gedruckte Freiheit.

In Wirklichkeit geht es der EZB um die Erhöhung der Negativzinsen, damit die hoch verschuldeten Staaten – insbesondere in Südeuropa – zulasten der Sparer entschuldet werden können. Ohne Bargeld wären aber die Sparer den Negativzinsen der Banken schutzlos ausgeliefert, weil die Sparer das Geld nicht mehr abheben könnten. Anstatt Zinsen für ihre Schulden zahlen zu müssen, erhalten die hoch verschuldeten Staaten aufgrund der Negativzinsen Geld von den Sparern. Die Schulden werden also paradoxerweise nicht mehr vom Schuldner getilgt, sondern vom Sparer durch die Negativzinsen.

Im Bewusstsein einer Unterordnung des nationalen Rechtssystems unter das Unionsrecht möge dennoch als eine Maßnahme die Verwirklichung einer verfassungsrechtlichen Staatszielbestimmung „Recht auf Barzahlung“ am Petitionswege eingefordert werden. Diese soll klarstellen, dass die Beschränkung der Verwendung von Bargeld im Zahlungsverkehr einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die Freiheitsrechte der Bürger – nämlich in die Vertragsfreiheit beziehungsweise in

die Privatautonomie – und in das Recht auf Datenschutz darstellt. Im Sinne einer Vertrauensbildung sollen weder auf österreichischer Ebene noch auf Ebene der Europäischen Union Maßnahmen gesetzt werden, die das Vertrauen der Bürger in die Bargeldbereitstellung und in das Recht auf Barzahlung erschüttern könnten.

Daher stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

### **d r i n g l i c h e n   A n t r a g :**

Der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht die Bundesregierung sowie die Mitglieder des Nationalrates, eine verfassungsrechtliche Verankerung des Rechts auf Barzahlung umzusetzen.
2. Die Bundesregierung und alle ihre Mitglieder werden aufgefordert, sich auf allen Ebenen der Europäischen Union und der internationalen Staatengemeinschaft dafür einzusetzen, dass weiterhin der uneingeschränkte Zahlungsverkehr mit Euro-Banknoten und -Münzen durch keine Maßnahmen eingeschränkt und das Bargeld als Zahlungsmittel beibehalten wird.

Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Krotzer** zur Dringlichkeit: Selten aber doch danke ich für diesen Antrag der FPÖ. Die Frage des Bargeldes ist eine sehr wichtige Frage, wir haben ja Länder, wo das schon sehr weit fortgeschritten ist. In Skandinavien mittlerweile geht in den Kirchen ein Kartenlesegerät herum statt dem Klingelbeutel. In Österreich ist man da noch nicht so weit. Allerdings gibt es eben diese Bestrebungen von EU-Seite, das Bargeld zurückzudrängen, was zwei Auswirkungen hätte und die eine davon eben bedeuten

würde, wie das auch schon von der Kollegin Schönbacher dargestellt worden ist, ist natürlich die ganze Frage der Negativzinsen, die man damit einführen könnte, wesentlich einfacher auch einführen könnte, weil man verhindern würde, dass Menschen dann ihr Geld vom Konto abziehen und es in anderer Form unterbringen. Und das ist natürlich der Versuch seitens der Europäischen Union, dass man auf diese Spareinlagen oder durch die Spareinlagen oder Negativzinsen auf Spareinlagen Menschen dazu bringen will, ihr Geld möglichst schnell auszugeben und so auch die Wirtschaft in Schwung zu bringen. Dabei gibt es allerdings einen Haken, den die EU hier hat, es ist nämlich nicht unbedingt deswegen, dass die Menschen ihr Geld nicht ausgeben, weil die Banken so attraktive Zinsen hätten, sondern sie geben einfach deswegen so wenig aus, weil immer mehr Menschen immer weniger zur Verfügung haben, weil Löhne und Gehälter nicht steigen und eben immer mehr Menschen auch von ihrer Arbeit nicht leben können. Das ist der eine Punkt, insofern ist das Bargeld, die Beibehaltung des Bargeldes wichtig. Auf der anderen Seite ist natürlich es auch eine Frage der Privatsphäre und auch eine Frage der Freiheiten, wo natürlich mit der Abschaffung des Bargeldes einhergehen würde, dass jeder Schritt, jeder Kauf, den man tätigt, lückenlosest überwacht werden könnte bis hin zur Möglichkeit auch dem Missbrauch in dem Bereich Tür und Tor öffnen würde. Insofern unterstützen wir als KPÖ den Antrag in Dringlichkeit und Inhalt. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt ein bisschen erstaunt, ich habe mir gedacht, ich muss mich zur Dringlichkeit melden, weil der Antrag nicht durchgehen wird, aber siehe da, da gibt es Allianzen, dass der Antrag sogar durchgeht. Vor wessen Kahn lässt man sich hier spannen, was ist denn hier eigentlich los? Wenn man prinzipiell den Antrag anschaut, könnte man sagen, na klar, Recht auf Barzahlung wollen wir haben, das ist üblich, das ist anerkannt usw., aber ich glaube, da geht es um viele andere Dinge und die ernsthafte komplette Abschaffung von Bargeld wird nicht

diskutiert, es steht im Antrag eh drinnen, zum Beispiel Abschaffung der 500-Euro-Banknote und dergleichen. Wenn man sich zum Beispiel die Bundeslinie der Grünen anschaut, ja wir stehen sozial... Obergrenzen bei Barzahlung. Aber wir reden hier nicht von 50 oder 100 Euro oder von drei Euro oder zehn Euro, was immer in der Kirche gibt, da geht es um ganz andere Beträge. Das sind Beträge von 5.000 bis 10.000 Euro genannt. Ganz normal im täglichen Bedarf? Wie oft zahlt man 5.000 oder 10.000 Euro bar? Also diese Einschränkung, dass ich nicht jeden Tag da 10.000 Euro bar hinlegen kann, die wird mich fürchterlich treffen. Also ich habe das noch nie gemacht, ich mache das normal auch nicht. Wenn man das macht, dann vielleicht, wenn man Schwarzgeld gibt irgendwo oder sonst irgendwas, aber so legal die 10.000 Euro bar zahlen ist halt nicht ganz üblich. Und wenn man sich auch anschaut die 500-Euro-Banknoten, die der normale Bürger, und ich nehme an, die meisten, liebe Kollegen von der KPÖ, die ihr vertretet, die haben keinen 500-Euro-Schein so normal im Geldtascherl. Aber trotzdem, ein Drittel des Bargeldumlaufes ist in 500 Euro-Scheinen unterwegs, das ist genau das Drittel, was an euren Leuten komplett vorbeigeht. Aber genau das wollt ihr schützen, das finde ich interessant und selbst wenn es um die Anlage geht, diese Strafzinsen, ich meine, Entschuldigung, Strafzinsen, ich muss es nicht annehmen, ist ja freie wirtschaftliche Beziehungen, wenn man das Geld einlegt oder nicht. Selbst wenn ich mein Geld in einem Schließfach halten würde bei den Zinsen, die es jetzt gibt, kann man es ernsthaft überlegen, das stimmt schon, aber auch wenn ich mein ganzes Vermögen reinlege, ich glaube, ich brauche das Schließfach auch nicht größer, wenn ich 100-Euro-Scheine nehme. So ein Packerl 100-Euro-Scheine das ist schon relativ viel, das wird man nicht wirklich abgehen. Um was es wirklich geht bei diesen Sachen, ist natürlich Bekämpfung der Kriminalität und auch FPÖ und ÖVP zum Beispiel, ihr hättet euren ehemaligen Finanzminister schon schützen können, der eine Kollege vergisst 500.000 Euro im Kofferraum und fährt über die Grenze und hat ein Strafrechtsverfahren deswegen. Hätte er keine 500-Euro-Scheine gehabt, dann hätte er es vielleicht gesehen, aber es ist ja echt blöd 500 Euro in großen Scheinen, das übersiehtst ja und solchen Leuten zu helfen, glaube ich, wäre schon sinnvoll, wenn man

die 500-Euro- Scheine auflösen würde, auf normale Größen gehen, die man im Zahlungsverkehr braucht und diesen ganzen Wahnsinn hier nicht so darstellt, wie es dargestellt wird, sondern um das geht, um das es wirklich geht, bitte bekämpfen wir Schwarzgeld, bekämpfen wir diese illegalen Geschichten, aber das Bargeld im täglichen Gebrauch will niemand abschaffen. Also ich glaube, da sind wir völlig falsch und deswegen weder ein Ja zur Dringlichkeit noch zum Antrag selbst (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Antragstellerin! Die gute Nachricht vorweg, wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen, auch wenn der Antrag aus unserer Sicht so notwendig ist derzeit wie der sprichwörtliche Kropf, weil dieser Antrag nicht dringlich ist eigentlich, wie gesagt, und unter die Kategorie fällt, schon vielfach gestellt, aber noch nicht von uns in Graz so irgendwie. Weil im Landtag Steiermark hat man im August des Vorjahres denselben Antrag behandelt, der wurde dort einstimmig angenommen auch mit den Stimmen der FPÖ und ich denke doch, dass man damit auch schon ein starkes Zeichen gesetzt hat. Was der 500-Euro-Schein mit dem Antrag zu tun hat, entzieht sich auch meinem tieferen Empfinden, ich habe noch keinen gesehen, auch noch keinen in der Hand gehabt, aber vielleicht werde ich einmal schauen, dass ich irgendwo einmal einen noch anschau, bevor er dann aufgelassen wird. Brauchen wird man ihn, glaube ich, nicht. Also der Normalbürger braucht sicher keinen 500-Euro-Schein. Was man braucht, ist Bargeld, ich bin das beste Beispiel, immer Bargeld bei mir und ich will auch nicht auf Karten umsteigen, da bin ich bei euch. Deshalb stimmen wir dem Antrag zu, auch wenn sich Österreich schon dazu bekannt hat, aber momentan, glaube ich, keine Gefahr ist, dass es abgeschafft wird. Trotzdem wollen wir sagen, ja, wir unterstützen das auch (*Applaus SPÖ*).



GR.<sup>in</sup> **Schönbacher**: Vielen Dank einmal vorweg für die Zustimmung. Es geht mir jetzt nicht nur um das, dass der 500er jetzt abgeschafft worden ist, es geht um das, um diesen schleichenden Prozess, weil wir gewöhnen uns einfach irrsinnig schnell an all die Dinge, die uns vorgegeben werden, wenn sie nur langsam genug gemacht werden, sodass wir das so schnell gar nicht eigentlich mitkriegen, was für Folgen das Ganze wirklich hat. Und wenn ich drüber nachdenke, dass ich, wenn ich ein Geld bar beheben möchte, bei der Bank beim Schalter, wo Gott sei Dank noch ein Mitarbeiter beschäftigt ist, der mir das Geld gibt, dann zahle ich mehr, als wenn ich das beim Bankomat tue und selbst beim Bankomat zahle ich schon Geld. Das sind eben diese schleichenden Dinge, womit man uns in eine Richtung führen möchte, die halt vorgegeben ist, aber weil es halt besser ist, uns anzulügen oder uns an kleine Dinge zu gewöhnen, wird das halt so gemacht und ich finde es schon sehr wichtig, dass wir als zweitgrößte Stadt Österreichs schon auch ein Statement dazu geben, auch wenn es viel schon diskutiert ist. Danke (*Applaus FPÖ*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.***

***Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.***

## **6) Bekenntnis des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz zur Erhaltung und zum Neubau von Rasengleis-Trassen im Grazer Straßenbahn-Liniennetz**

GR. **Dreisiebner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist jetzt vor wenigen Wochen im Bereich der Conrad-von-Hötzendorf-Straße südlich des Ostbahnhofes eine sogenannte Versuchsanlage eines Rasengleises, das 2009 unter verschiedenen Bedingungen mit Rasengitter, ohne Rasengitter, mit verschiedenen Saatgutmischungen usw. ausgestattet, begleitet von der TU Wien, ist still und leise plötzlich asphaltiert und versiegelt worden. Nicht weil diese Untersuchung ergeben hätte, die 2010 abgeschlossen war, das Rasengleise einfach keinen Sinn machen in der Stadt Graz, sondern diese Untersuchung hat ergeben, dass aufgrund der Rahmenbedingungen der Art und Weise, wie das Gleisbeet angelegt ist, der Häufigkeit, dass das überfahren wird von Pkws, Lkws und Ähnlichem mehr, die dort wenden usw. immer wieder in Mitleidenschaft gezogen wird und nicht zuletzt, dass zum Beispiel beim Winterdienst zum einen mit einem zu knapp am Boden geführten Räumschild dort auch Humus abgetragen beziehungsweise die Grasnarbe abgetragen wird und den Rest eigentlich das Streusalz und sonstige Streumittel erledigen, in solchen Situationen ein Rasengleis einfach nicht so gedeihen lassen, wie man es sich wünschen würde. An anderen Stellen, auch auf der Linie 4 zum Beispiel weiter zum Murpark, gibt es Rasengleis und es kann funktionieren, es gibt es auch an anderen Stellen, ich mag sie nicht aufzählen. Was eigentlich der Anlass ist, ist zum einen, dass es ja jetzt zur Sanierung und zweigleisigen Ausbau der Linie 1 im Mariatrostertal kommen soll in den nächsten zwei Jahren und das dort anstatt einer für alle AnwohnerInnen, für alle die, die dort den Bereich nutzen, das sind RadfahrerInnen, FußgängerInnen, SpaziergängerInnen, einer Rasengleisanlage eine Schottergleisanlage geben soll. Das ist sowohl eben, wie ich eben schon versucht habe auszuführen, optisch keine Vorwärtsentwicklung, es ist auch kleinklimatologisch keine Vorwärtsentwicklung. Ich möchte nur erinnern, wir haben im September letzten Jahres dazu auch einen dringlichen Antrag beschlossen, dass man Maßnahmen zur Reduktion urbaner Hitzeinseln setzen soll und es ist auch stadtplanerisch keine Vorwärtsentwicklung. Jetzt ist es nicht so, dass man einfach einem Faktum folgen müssen, andere Städte, Linz, in Österreich, die gerade ein beneidenswert tolles Straßenbahnausbauprogramm

umsetzen, setzen bevorzugt, dort wo es geht natürlich, wo es nicht mit Fahrbahnen usw. geteilt werden muss, die Trasse auf Rasengleise und zwar nicht zuletzt deswegen auch, dass es laut der Linz Linien die billigere Variante ist. Das heißt, billiger als zu betonieren, billiger als zu asphaltieren und natürlich auch, wie ich schon erwähnt habe, gewisse weitere Vorteile entgegen der Versiegelung. Es ist im internationalen Standard mittlerweile Frankreich, ich habe im Motivenbericht auch ein Foto eingefügt aus Nantes, in Deutschland, in München etwa, auch Wien versucht das jetzt wieder vermehrt etwa bei Straßenbahnlinien-Neubauten im Bezirk Donaustadt einzusetzen, wird das Rasengleis als ein Mittel eingesetzt, das vielerlei Vorteile eben hat. Und diesen stadtplanerischen Mehrwert, diese höhere Akzeptanz für die BewohnerInnen, für die Menschen, die eben an diesen Gleisanlagen wohnen oder die Nebenwege, Radwege, Gehwege nutzen, die positiven Klimaeffekte und auch, wenn richtig gebaut wird, Lärmdämmeffekte, das alles sind Argumente, die dafür sprechen, dass man bei unseren Straßenbahn-Neubauprojekten, die ja auch hoffentlich bald einer Umsetzung näherkommen, aber eben auch bei Sanierungen und zweigleisigen Ausbauten, wie eben angeführt Mariatrost, sich noch einmal anschaut, ob es nicht möglich ist, in den Bereichen, wie gesagt, nicht verwechseln dort, wo überfahren werden muss oder wo das geteilt mit einer Verkehrsstraße für den MIV usw. zu nutzen ist, dass man dort das Rasengleich zumindest in Betracht zieht.

In diesem Sinne stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs - ALG folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt bekennt sich aus klimatologischen und lärmtechnischen Gründen sowie aus städteplanerischer Sicht zum forcierten Bau von Rasengleisstrecken - sowohl im Falle von Trassensanierungen als auch im Bereich anstehender Netzausbauprojekte und fordert die fachlich zuständigen Stadträte Mag. Mario Eustacchio und Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl auf, eine nochmalige

Überprüfung des anstehenden Bauprojekts Sanierung und zweigleisiger Ausbau der Linie 1 im Bezirk Mariatrost hinsichtlich einer Umsetzung von Rasengleisen anstatt des derzeit geplanten Gleisbaues auf einem Schotterbett zu veranlassen und drittens dafür Sorge zu tragen, dass eine Bewertung und eine Festlegung für weitere sinnvoll umsetzbare Teilbereiche in Rasengleisausführung bei folgenden weiteren anstehenden Bauprojekten durchgeführt werden soll: das sind zweigleisiger Ausbau der Linie 5 nach Puntigam vom Zentralfriedhof beginnend, Verlängerung der Straßenbahn in die Smart City, Verlängerung der Linie 3 nach Reininghaus/Hummelkaserne und schließlich Bau der Südwestlinie in Richtung Reininghaus-Süd und Hummelkaserne. Viertens möge dem Gemeinderat bis zur Oktober-Sitzung 2016 über die Ergebnisse hinsichtlich der Sanierung mit Rasengleisen bei der Linie 1 in Mariatrost und bezüglich möglicher Rasengleisausführungen bei den geplanten Neubauprojekten ein Informationsbericht vorgelegt werden.

Ich ersuche um breite Annahme und Zustimmung. Danke (*Applaus Grüne*).

GR. **Haberler**, MBA zur Dringlichkeit: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kollegen und Zuhörer! Grundsätzlich, sage ich einmal so, ist das Thema jetzt nicht wirklich dringlich. Es wäre allerdings, und das ist ganz im Sinne auch der ÖVP, es ist ja eine gestalterische Maßnahme, wenn Straßenbahngleise Grün sind, weil es gibt natürlich Bezirke, sage ich einmal, wo jeder Quadratmeter grün dem Auge sehr gut tut und wir möchten dieses Thema auch quasi weiterdiskutieren im Ausschuss. Uns geht es ein bisschen zu schnell, deswegen haben wir einen Abänderungsantrag eingebracht, dass die zuständigen Stellen das quasi im Herbst dann im Ausschuss präsentieren, weil die Begründung, wir haben uns ein bisschen erkundigt, also jetzt Rasengleise usw. sind um einiges teurer. Es geht im Endeffekt auch um die Kosten. Behauptet wurde zum Beispiel, zweigleisiger Ausbau wäre finanziell nicht stemmbar in Mariatrost, wenn wir Rasenbahngleise haben. Ich habe mittlerweile ein bisschen andere Meinungen bekommen, ich möchte einfach dem Ganzen auf den Grund gehen, da das durchaus

ein interessanter und vor allem wichtiger Aspekt mit für die gestalterische Gestaltung unserer Stadt ist und deswegen stelle ich bitte im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs einen Abänderungsantrag, dass der gegenständliche dringliche Antrag den Ausschuss für Verkehr zur weiteren Befassung zugewiesen wird. Gleichzeitig wird die Magistratsabteilung 10/8 – Verkehrsplanung ersucht, unter Einbringung der Holding Graz Linien einen schriftlichen Informationsbericht an den Ausschuss zu erstellen. Dankeschön, bitte um Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. **Dreisiebner**: Lieber Kollege Stefan Haberler! Ja, es ist dringlich, weil es um die Mariatroster Linie geht. Jetzt ist Mariatrost nicht die am meisten verdichtete und nicht der Bezirk oder sind nicht die Grätzler, wo man die größte Verbauungsdichte haben in der Stadt, das ist schon ganz klar. Trotzdem gerade auch im Mariatrostertal wird sehr viel gebaut, es gibt Verkehrszunahmen auf der Mariatroster Straße, das wissen wir alle, wenn man diverse Bürgerinformationsveranstaltungen im Osten der Stadt geben und Ähnliches mehr beziehungsweise, wenn man eben dort unterwegs ist. Es würde für die Menschen und für das Auge, für das psychische Befinden der Menschen sehr, sehr gut sein, es würde klimatologisch dort sehr gut eingreifen können und noch einmal, wenn dieser Abänderungsantrag von dir, Stefan, wirklich durchgeht, dann werde ich versuchen, den Chef der Linz Linien nach Graz zu bekommen, weil diese Mär, woher die auch immer kommt, dass das Rasengleis teurer ist und dass wir deswegen gewisse Dingen nicht stemmen könnten oder dass man das aufgrund der verwendeten Schienen nicht machen kann, die ist einfach nicht haltbar, ich habe dazu auch meine Fachzeitschrift „Regionale Schienen“ gegeben, die sich damit befasst. Es ist wirklich für mich nicht nachvollziehbar, dass man in Graz so einen Bestemm gegen eine kleine Grünbandgestaltung hat, die den Menschen mehr Wohlbefinden gibt, die kleinklimatologisch gut wirkt, die Lärmerregung dementsprechend minimiert und die in einer Stadt, wo es ja eh einen erklecklichen Anteil von Skeptikern oder sogar

Gegnern gibt, was die Straßenbahn betrifft oder zumindest gewisse Modelle, vielleicht da auch ein bisschen beruhigen würde. Und deswegen ersuche ich, nicht dem Abänderer vom Stefan Haberler und der ÖVP zuzustimmen, weil der Ausschuss kann nicht als Gemeinderat beschließen zum einen und zum anderen wäre es wirklich wichtig, dass man hier im Gemeinderat über die nächsten 10/20 Jahre unserer Straßenbahn-Infrastruktur-Ausbaumaßnahmen reden und uns da ein Bild machen und danach weitere Schritte setzen können. Im Ausschuss, naja, ein nettes Begräbnis mit vielleicht ein bisschen Blasmusik zu bekommen, das hat sich das Rasengleis, das hat sich die Grazer Straßenbahn nicht verdient (*Applaus Grüne*).

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.***

***Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.***

## **7) Angebote für AsylwerberInnen und Flüchtlinge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit**

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA: Sehr geehrte Vizebürgermeisterin, liebe KollegInnen, liebe Gäste! In meinem heutigen Antrag geht es eben um Angebote für AsylwerberInnen und Flüchtlinge zur Erhöhung der Verkehrssicherheit. Es ist bekannt, dass der Straßenverkehr Gefahren mit sich bringt und natürlich auch sehr viele Unfälle damit verbunden sind. Besonders gefährdet sind FahrradfahrerInnen, es gab im letzten Jahr

über 500 Unfälle, wo FahrradfahrerInnen beteiligt waren, das ist eine Steigerung um 20% im Vergleich zu 2014. Einige Unfälle können vermieden werden, es ist wichtig eben, dass man gut Fahrrad fahren kann, dass man das auch üben kann beziehungsweise was auch noch sehr wichtig ist, ist, dass man die Verkehrsregeln kennt und da möchte ich hier eben diese spezielle Gruppe ansprechen, die in dieser Hinsicht etwas Nachholbedarf hat und zwar sind es die AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlinge.

Viele von denen stammen aus Ländern, in denen das Fahrrad kein alltägliches Fortbewegungsmittel ist, es ist so, sie haben nicht wie wir das Fahrradfahren im Kindesalter gelernt. Sie kennen unsere Verkehrsregeln oft nicht ausreichend gut. Trotzdem müssen aber viele in Graz mit dem Fahrrad unterwegs sein. Zum einen ist es so, dass unsere Öffi-Preise ja nicht die günstigsten sind, die Leute können sich das nicht leisten zum anderen ist es bekannt, dass man in Graz mit dem Fahrrad leichter von A nach B kommt. Es ist aber auch so, dass zu diese Thema schon einiges passiert ist, so hat das Kuratorium für Verkehrssicherheit im Auftrag von Verkehrsminister Leichtfried beispielsweise die App „stop&go“ entwickelt, das heißt, in dieser App kann man sich die Verkehrsregeln erklären lassen in neun verschiedenen Sprachen, was wirklich super ist. Auch in Vorarlberg in Feldkirch gab es Nachmittagskurse oder gibt es noch immer Nachmittagskurse gemeinsam mit der Polizei, wo eben diesen Menschen (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) die Verkehrsregeln erklärt werden. Auch in Graz gibt es ehrenamtliche, wie immer ehrenamtliche, Initiativen, die sich damit beschäftigt haben. Was aber fehlt, ist ein koordiniertes und wirklich durchdachtes Angebot.

Wie gesagt, die AsylwerberInnen und anerkannte Flüchtlinge nutzen die Möglichkeit des Fahrradfahrens in Graz, um sich zu bewegen. Ich sehe es als unsere Verantwortung, als die Verantwortung der Stadt Graz, hier initiativ zu werden und ein Angebot zu erarbeiten, seien das jetzt Fahrradkurse oder eben mehrsprachiges Info-Material. Es gibt ja schon bereits vieles, man müsste ja nichts neu erfinden, sondern vielleicht einfach adaptieren beziehungsweise auch Kooperation von Flüchtlingsquartieren mit

der Polizei, also das dient ja nicht nur dieser Gruppe vom Menschen, sondern uns allen. Das heißt, alle Verkehrsteilnehmer würden davon profitieren.

Daher stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

### **dringlichen Antrag:**

Verkehrsstadtrat Mario Eustacchio wird in Zusammenarbeit mit Integrationsstadtrat Kurt Hohensinner ersucht, eine Bedarfsabschätzung sowie ein Konzept zum Thema Verkehrssicherheit für die Zielgruppe der AsylwerberInnen und anerkannten Flüchtlinge zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis Oktober 2016 vorzulegen (*Applaus Grüne*).

GR.<sup>in</sup> **Katholnig** zur Dringlichkeit: Hoher Gemeinderat! Es klingt nicht schlecht, aber alles, was gut klingt, ist nicht gut. Ich glaube einmal, dass es dabei wieder einmal zu einer Gesellschaftsspaltung kommt, weil wir reden von Integration, wir reden von Inklusion und ich muss ganz ehrlich sagen, es gibt mehr als genug Grazer und Grazerinnen, die genau so wenig Fahrrad fahren können, du bist vielleicht noch in einer anderen Generation, wo man das wirklich als Kind lernt, aber es gibt sehr viele, die gar nicht die Möglichkeit haben, die ein Elternhaus haben, die gar nicht wert legen drauf, dass das Kind Radfahren kann, also ich kann jetzt nicht voraussetzen, dass jedes Kind von Kind auf Radfahren lernt und es gibt, wie gesagt, sehr viele Menschen, die auch nicht radfahren können, die auch kein Verkehrszeichen können und irgendwo habe ich Sorge, dass es heißt, denen wird alles gezahlt und für die wird irgendwie geschaut, dass sie Verbesserungen haben und ich finde, alle Grazer und Grazerinnen, die nicht Fahrrad fahren können, die keine Verkehrszeichen kennen, sollen die gleichen Möglichkeiten haben. Daher stellen wir in Namen der SPÖ folgenden Abänderungsantrag: Herr Verkehrsstadtrat Mag. Mario Eustacchio wird ersucht, zur Hebung der Sicherheit des Radfahrverkehrs in Graz ein Konzept für eine breit angelegte



Radfahr-Verkehrssicherheitsinitiative für alle in Graz lebenden Menschen zu entwickeln. Dem Gemeinderat ist bis Oktober dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Also das ist ja wirklich wieder ein Antrag aus dem grünen Kuriositätenkabinett. Ich glaube, Eigenverantwortung ist das Stichwort. Es gibt, wenn man das jetzt, so wie die Kollegin Katholnig gesagt hat, auf alle überträgt, eh genug Angebote, auch Verkehrssicherheit zu erlernen, auch das Radfahren zu erlernen, das beginnt in der Schule. Wir haben das Kuratorium für Verkehrssicherheit, also wenn man sich da einmal umschaute, da gibt es ja eh genug Angebote. Wenn man schon sagt, das ist jetzt so wichtig, dass die Asylanten auch Radfahren lernen, weil sie das bei ihnen zu Hause nicht getan haben, dann sollte man aber auch die betreuenden Einrichtungen in die Pflicht nehmen. Die bekommen genug Geld auch dafür, dass sie Asylwerber beherbergen, ich glaube, da sollte das dann auch noch drinnen sein, dass man, wenn es schon so als wichtig erachtet wird, auch noch das Radfahren beibringt. Ich meine, wir können schon allein deswegen nicht für diesen dringlichen Antrag sein, weil es ja ein bisschen auch meinen vorhergehenden dringlichen Antrag konterkariert, wenn man sich das genau überlegt, weil zu viel Mobilität ist ja da nicht unbedingt förderlich. Aber im Ernst, wie schaut das wirklich aus mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, kann man die einfach so mir nichts dir nichts überall auch mit dem Rad herumfahren lassen, wie schaut es wirklich aus bewusst jetzt mit Asylwerbern, wo dürfen sie sich aufhalten, wo nicht, diese Debatte wird zunehmend auch bei uns zu führen sein, Stichwort Schwimmbäder oder wie vorher Jugendzentren oder auch Bezirkssportplätze, also das spielt da natürlich mit. Also grenzenlose Mobilität ist natürlich bei Asylwerbern etwas, was man diskutieren muss. Ich glaube, wir sollten da nicht noch weiter den Steuerzahler belasten, es gibt die Angebote bereits, es wird viel Geld für Asylwerber, aus unserer Sicht zuviel Geld, in die Hand

genommen und da sollten diejenigen, die hier auch diese Einnahmen erzielen, für das Beibringen des Radfahrens zahlen. Keine Zustimmung für die Dringlichkeit und den Inhalt von uns Freiheitlichen (*Applaus FPÖ*).

**GR. Rajakovics:** Es ist mir unangenehm, wenn ich der gleichen Meinung wie der Herr Klubobmann Sippel. Ich argumentiere es nur ein bisschen anders. Das ist tatsächlich aus meiner Sicht, aus unserer Sicht nicht dringlich, weil auf der einen Seite Flüchtlinge, die kommen, immer so hingestellt, wenn sie die vollen Hascherln wären. Jetzt bin ich ein bisschen schon in der Welt herumgekommen, gerade das Radfahren ist in sehr vielen Ländern etwas, was gerade dort von vielen betrieben wird, weil einfach das Geld für das Autofahren gar nicht vorhanden ist und die Verkehrsregeln sind halt weltweit auch sehr ähnlich. Ob ich jetzt in Kairo unterwegs bin oder woanders, theoretisch ist zumindest bei allen Ländern das Gleiche und die meisten lernen es dann auch sehr ähnlich. Die Kinder werden sowieso beschult in der Volksschule, es gibt Fahrradschullehrer, die anbieten Kurse auch für Erwachsene für kaum ein Geld, da können die Leute auch mitmachen. Es gibt auch ein Taschengeld genau für solche Maßnahmen im Asylbereich, das heißt, da bin ich auch dafür, dass die Betreuungsorganisationen schauen, dass sie dann für solche sinnvollen Dinge dieses Geld auch einsetzen und bei den Kursen für Erwachsene auch Asylwerber, so sie das wirklich notwendig haben, hinschicken und sagen, das Geld für so etwas eingesetzt. Also, dass wir da jetzt dringlich irgendetwas ausarbeiten sollten, den Bedarf sehe ich überhaupt nicht. Dass im Fahrradbereich insgesamt die Disziplin und das Achten auf Verkehrsregeln etwas nachbesserungsbedürftig sind, das wird jeder, der in unserer Stadt unterwegs ist, wahrscheinlich wahrnehmen. Es ist nicht ganz ungefährlich, mit Kinderwägen unterwegs zu sein, wenn auch Fahrradfahrer einen gleichen Weg frequentieren, also das ist eine Sache, wo wir uns eigentlich selbst alle bei der Nase nehmen müssten, dass man auch am Fahrrad Verkehrsregeln einzuhalten hat. Aber

dass wir da jetzt extra Kurse machen, die Dringlichkeit sehen wir überhaupt nicht und die Möglichkeiten, dass man entsprechend geschult wird auch um wenig Geld, die sind bereits vorhanden und das ist wirklich die Aufgabe der Betreuer, die Asylwerberinnen und Asylwerber auf das hin aufmerksam zu machen (*Applaus ÖVP*).

GR.<sup>in</sup> **Ribo**, MA: Ich gehe das jetzt nach der Reihe ein bisschen durch, und zwar, liebe Karin, das Letzte, was ich wirklich mit diesem Antrag bewirken wollte, ist eine gesellschaftliche Trennung. Also das will ich natürlich nicht. Ich bin einfach davon ausgegangen, dass diese Menschen, die neu zu uns kommen, einfach Nachholbedarf haben. Es ist so, dass mittlerweile ja bei uns alle Kinder bereits in der 4. Schulstufe den Fahrradtest machen. Man kann das schon anders sehen, weil natürlich gibt es viele Angebote, aber wie kommen diese Menschen zu diesen Angeboten, wenn das nicht in ihrer Sprache ist, wenn sie sowieso neu hier ankommen, sich überhaupt ganz generell orientieren müssen. Also es ist leicht zu sagen, es gibt einen ÖAMTC, dort können sie einen Fahrradkurs machen, das ist es nicht und dass wir einfach dafür sind, dass alle Menschen im Straßenverkehr natürlich sich sicher und ohne Gefahr bewegen können, das ist ja klar. Zum Klubobmann Sippel, betreute Einrichtungen würden dafür Geld bekommen, das ist mir jetzt ganz neu. Ich habe bei vielen Trägern nachgefragt, bei vielen Quartieren nachgefragt und es ist immer die Rückmeldung gekommen, der Bedarf ist da, also die Nachfrage ist sehr hoch und dass da zusätzlich Geld dafür vorgesehen ist, das ist jetzt ziemlich neu, aber das kann sein, dass mir da was entgangen ist. Und zum Kollegen Rajakovics, naja, nach der heutigen doch sehr untergriffigen Diskussionen seitens der ÖVP überrascht mich eure Haltung nicht wirklich (*Applaus Grüne*).

*Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.*

*Die Vorsitzende erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **8) Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs – Öffi-Stunde günstiger als Parkstunde**

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Der eine oder andere mag sich noch erinnern, im November 2015 hat der Grazer Gemeinderat das Mobilitätskonzept 2020 beschlossen, wo wir uns selber das Ziel gesetzt haben, den Modal Split in Graz zu verbessern, dahingehend zu verbessern, dass mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln gefahren wird und weniger mit dem Auto. Wir haben innerhalb von den Gemeinderatssitzungen, eh in der letzten Gemeinderatssitzung über einen dringlichen Antrag von der SPÖ, falls ich das noch richtig im Kopf habe, bereits einfach einmal darüber geredet und überlegt, ob man vielleicht weitere Maßnahmen, in dem Fall halt sogenannte Push-Faktoren, also einschränkende Maßnahmen diskutieren wollen überhaupt und ob man uns die genauer anschauen. Sind dann aber leider letztes Mal zu dem Entschluss gekommen, dass wir uns zwar einig sind, dass man den Modal Split verbessern wollen, dass man die Verkehrssituation in Graz verbessern wollen, dass man die Abgassituation verbessern wollen, aber wir sind uns auch einig gewesen, dass wir uns nicht einig sind, wie wir das machen wollen oder auch einig gewesen darüber, dass man eigentlich nicht weitere Maßnahmen uns anschauen wollen, was sehr schade war. Eine andere Möglichkeit natürlich, Menschen zu motivieren umzusteigen, haben wir auch schon

ausprobiert, das ist zum Beispiel die Vergünstigung der Jahreskarte, was sehr gut funktioniert hat. Die Jahreskarte ist viel mehr verkauft worden, wird auch mehr genutzt und wenn man das Mobilitätskonzept genauer durchschaut, steht eben auch drinnen, dass wir halt für viele begleitende Maßnahmen keine dementsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung haben oder dementsprechend sichergestellt werden. Also weder für bauliche Verbesserung von ÖV-Haltestellen, für Begleitkonzepte, Mobilitätsmanagementmaßnahmen oder Ähnliches. Und wenn man sich jetzt aktuell sozusagen einfach die aktuelle Situation der Tarife, den Tarif anschaut; ist es eigentlich relativ einfach, man kommt drauf, dass theoretisch eine Stunde parken in Graz für einen günstiger ist, als eine Stunde mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu fahren und da der Mensch ja ein sehr gut rechnendes Tier sozusagen ist, rechnet er einfach nur mit den Parkgebühren, das möglicherweise mein Fahrzeug noch Versicherungskosten, Benzinkosten hat oder ähnliches ist eigentlich meistens vernachlässigbar. Das heißt; rechnen tun wir eigentlich nur mit der aktuellen... mit der Stunde, was es uns wirklich kostet und da ist irgendwie klar, dass natürlich jetzt von den Faktoren her nicht unbedingt zum Umsteigen animiert wird, was die Stundenkarte selber betrifft. Ich habe dann versucht; in dem Antrag kurz rechnerisch ein wenig darzustellen und ein Gedankenspiel zu machen, wenn eine Stunde 1.80 Euro kostet für das Parken und für das Öffi-Fahren 2.20, das wären theoretisch 40 Cent Unterschied. Wenn man sich das so durchrechnet mit dem Gesamtumsatz, der über Handy-Parkscheinautomaten erzielt wird und dementsprechend das dann hochrechnen würde und sagt, ok, vielleicht erhöhen wir die Parkgebühren ein bisschen über den Stand, was aktuell die Öffi-Stunde kosten würde, dann würden so summa summarum zirka vier Millionen Euro an theoretischen Mehreinnahmen hereinkommen, die man dann für verschiedenste Maßnahmen verwenden kann. Man könnte einerseits natürlich sozusagen den Park- oder den Stundentarif für die Öffis dementsprechend weiter runtersenken, bei vier Millionen verkauften Ein-Stunden-Karten, vier Millionen Euro ist recht einfach gerechnet, das wäre theoretisch möglich um einen Euro das Ganze zu vergünstigen. Man könnte genau die Maßnahmen, die ich vorher genannt habe, die im

Mobilitätskonzept drinnen stehen, die wir uns nicht leisten können, möglicherweise auch angehen. Man könnte Park&Ride-Parkplätze versuchen zu bauen, man könnte Taktverdichtungen in den Abendstunden angehen. Also man könnte verschiedenste Dinge machen, wenn man sich überlegen würde, wie man dementsprechende Tarife anpasst.

Daher ergeht folgender

### **dringlicher Antrag:**

- 1.) Im Sinne der Erreichung der Modal-Split-Ziele des Mobilitätskonzeptes 2020 spricht sich der Gemeinderat dafür aus, dass eine Stunde Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel günstiger sein soll als eine Stunde Parken, um die Menschen zu animieren noch mehr mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren.
- 2.) Die zuständigen Abteilungen werden ersucht, Variantenberechnungen durchzuführen, welche das in Punkt 1 beschriebene Ziel erreichen und darlegen, wie die Tarife, also die Parkgebühren beziehungsweise auch die Ticketpreise, angepasst werden müssten beziehungsweise welche weiteren Maßnahmen, wie zum Beispiel ein Park&Ride-Ausbau oder ähnliche Maßnahmen, die ich vorher genannt habe, getroffen werden könnten.
- 3.) Dem zuständigen Ausschuss ist bis Ende des Jahres 2016, das habe ich noch geändert, schriftlich über die Varianten zu berichten, um im Anschluss ein Beschlussstück für den Gemeinderat vorbereiten zu können.

Bitte um Diskussion und Zustimmung. Dankeschön.

***Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 17.30 Uhr den Vorsitz.***

GR. **Dreisiebner** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Philip! Vielen Dank für deinen Antrag, vielen Dank, dass du den hohen Gemeinderat auch an das MoKo 2020 beziehungsweise die Maßnahmen, die wir erreichen wollen und sollen, erinnerst, weil wie man doch leider immer wieder feststellen muss, vergeht mehr die Zeit als dass es in die richtige Richtung geht. Vielleicht kann man noch einen dementsprechenden Anschub schaffen. Und wie du es auch gut darstellst mit Push- und mit Pull-Faktoren, mit dementsprechenden Verbesserungen der Rahmenbedingungen, die Rasengleise sind ja scheinbar da nicht ganz so gewünscht, aber es ist auch nur ein Sidestep, kann man, glaube ich, einiges dazu tun, um diesen Zielen zumindest deutlich näherzukommen. Die Thematik ist ja wirklich, dass wir bei den Verbundtarifen sehr abhängig sind vom Steiermärkischen Verkehrsverbund und in Bereichen, wo wir selber gestalten können und könnten, bei den Parktarifen, vielleicht auch bei den Höhen der Parkstrafzahlungen für Leute, die die Zeitübertretungen usw. machen, eher jahrelang immer am gleichen Tarif bleiben, das ist die eine Wahrheit. Die andere Wahrheit ist, dass man halt jedes Jahr entlang des Verbraucherpreisindex mal 1,75 gewisse Fahrkarten- und Ticketpreiserhöhungen haben. Und in diesem Sinne würde ich nur als Zusatz, nicht als Konkurrenz zu deinem sehr sinnvollen und für uns unterstützenswerten Antrag, Folgendes bei Punkt 2.) als Ergänzung einbringen wollen: Im Zuge dieser Variantenberechnungen möge zusätzlich geprüft werden, inwieweit eine jährliche prozentuelle Anpassung der Parkgebühren in der Blauen Zone im gleichen Ausmaß wie die der ÖV-Tarife geeignet wäre, um die formulierte Zielsetzung in Punkt 1 zu erreichen, sprich, dementsprechende gleiche preisliche oder eben auch Vorteil der preislichen Gestaltung für den ÖV im Gegensatz zum Parken in der Kurzparkzone, sprich in der Blauen Zone.

Wir haben ja bekanntermaßen das Phänomen, dass wir jahrelang keine Anpassungen bei den Kurzparkzonentarifen haben, dann gibt es einen Schwung und zu befürchten steht, dass das hier wieder stehen bleibt und im Gegenzug steigen andere Preise, wie Öffi-Tarife, Jahr für Jahr ganz sicher und in diesem Sinne hoffe ich, dass nicht nur der

Hauptantrag, sondern auch der Zusatzantrag mit breiter Mehrheit angenommen wird.  
Dankeschön (*Applaus Grüne*).

GR. **Pacanda**: Kurzes Schlusswort. Um vielleicht doch noch den einen oder anderen Ängstlichen versuchen zu überzeugen, da doch sich das noch zu überlegen, weil ich habe vorher so das Wort gehört, das bringt die Wirtschaft in der Innenstadt um, das habe ich da irgendwo aus der Mitte gehört. Da möchte ich nur eines dazusagen oder ein kurzes Gegenargument, was vielleicht da mitgedacht werden sollte, eine Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs und ein Ausbau der öffentlichen Verkehrsmittel würde die Innenstadt extrem ankurbeln und wenn Menschen wirklich da mit den öffentlichen Verkehrsmitteln hereinfahren, das würde schon die Innenstadtwirtschaft ankurbeln und möglicherweise auch ein paar leere Geschäfte wieder füllen. Ich wollte das nur im...

***Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir haben eine Innenstadt-Bim.***

GR. **Pacanda**: Dankeschön, bitte trotzdem um breite Zustimmung.

***Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.***



*Der Bürgermeister erklärt, der Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen  
Behandlung zugewiesen.*